

Sri Lanka im Überblick

zusammengestellt von Bettina Meier

Neue Resolution gegen Sri Lanka

Am 3. März 2014 stand in der 25. Sitzung des UN-Menschenrechtsrates erneut die Menschenrechtslage Sri Lankas auf der Tagesordnung. Der Rat hatte bereits 2012 und 2013 Resolutionen verabschiedet, in denen Sri Lanka aufgefordert wurde, mögliche Völkerrechtsverletzungen während des 26 Jahre dauernden Bürgerkrieges und seines blutigen Endes im Mai 2009 zu untersuchen. Nun brachte die USA erneut eine Resolution ein, in der der UN-Menschenrechtsrat aufgefordert wird, angesichts unzureichenden Bemühens der sri-lankischen Regierung eine internationale, unabhängige Untersuchung einzuleiten. Diese soll ferner auch Nachforschungen anstellen hinsichtlich der nach Kriegsende verschärften Verfolgungen und Bedrohungen von Journalisten, Menschenrechtsaktivisten und religiösen Minderheiten. Über die Resolution wird am 26. März abgestimmt. Im Vorfeld verurteilte Präsident Rajapaksa die Resolution als politisch motivierte, willkürliche Einmischung in innere Angelegenheiten.

Breite Allianz fordert internationale Untersuchung

Am 24. Februar 2014 veröffentlichte die UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Navi Pillay, einen Bericht, in dem sie die sri-lankische Regierung scharf kritisiert. Der Bericht folgt ein halbes Jahr nach dem Besuch Pillays in Sri Lanka im August 2013. Pillay stellt fest, sie erkenne keinen politischen Willen, Menschenrechtsverletzungen aufzuklären. Die sri-lankische Regierung habe auf die beiden bisherigen Resolutionen des Menschenrechtsrates nicht angemessen reagiert. Sogar die Maßnahmen, die die von der Regierung eingesetzte nationale *Lessons Learnt and Reconciliation Commission* empfohlen hatte, seien unzureichend oder gar nicht implementiert worden. Pillay kritisiert auch die autoritäre Regierungsführung, die Attacken gegen Regierungskritiker und ihre Angehörigen sowie die zunehmende religiöse Intoleranz und die fortwährende Verletzung der Grundrechte, vor allem der Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Abschließend fordert die Hochkommissarin die Einrichtung einer unabhängigen internationalen Untersuchung. Bereits am 10. Februar hatte der EU-Außenministerrat seine Unterstützung für dieses Vorhaben signalisiert. Bürgerrechtler aus aller Welt sprachen sich ebenfalls für ein Einschreiten der internationalen Gemeinschaft aus: Unter Führung des südafrikanischen Bischofs Tutu riefen am 5. März füh-

rende Aktivisten aus dem Globalen Süden den Menschenrechtsrat auf, eine internationale Untersuchung einzuleiten. Auch auf nationaler Ebene wurde die Forderung unterstützt: Die Oppositionspartei *Tamil National Alliance* möchte eine internationale Untersuchung ebenso wie eine Gruppe sri-lankischer, christlicher Bischöfe und Priester, die am 3. März eine entsprechende Erklärung veröffentlichte, und andere Gruppierungen. Im Vorfeld der Sitzung des Menschenrechtsrates hatten mehrere Menschenrechtsorganisationen Berichte zum Thema veröffentlicht. Das australische *Public Interest Advocacy Centre* veröffentlichte Anfang Februar den Bericht *Island of impunity? Investigation into international crimes in the final stages of the Sri Lankan civil war*, der eine detaillierte Analyse von Kriegsverbrechen aus völkerrechtlicher Sicht vorlegt. Die britische *Sri Lanka Campaign for Peace and Justice* veröffentlichte Anfang März den Bericht *Crimes against humanity in Sri Lanka's Northern Province: A legal analysis of post-war human rights violations*, der nach Kriegsende von den Sicherheitskräften begangene Verbrechen dokumentiert.

Angriffe gegen Christen und Muslime

Die Übergriffe buddhistischer Nationalisten gegen Minderheiten setzten sich auch im ersten Quartal 2014 ungestraft fort. Mitte Dezember 2013 suchte die Polizei drei Moscheen in Colombo auf und forderte die Beendigung religiöser Aktivitäten. Am 19. Dezember wurden zwei muslimische Geschäfte im südlichen Galle in Brand gesetzt, in Colombo wurde eine Moschee mit Steinen beworfen. Auch christliche Kirchen wurden zur Zielscheibe, vor allem zur Weihnachtszeit. Am 12. Januar attackierte ein von radikalen Mönchen angeführter Mob drei evangelikale Kirchen in Hikkadawa während des Gottesdienstes. Anwesende Polizisten ließen die Angreifer gewähren.

Massengräber gefunden

Auf einem privaten Grundstück in Puthukkudiyiruppu, im nördlichen Distrikt Mullaittivu, wurde im Februar 2014 ein Massengrab mit den Überresten von mindestens neun Toten entdeckt. Im Dezember 2013 waren im benachbarten Bezirk Mannar 80 Skelette gefunden worden, die zwischen Ende der 1990er Jahre und 2004 verscharrt worden waren. Dies sind die ersten Massengräber in den ehemals von der paramilitärischen

Organisation *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) kontrollierten Gebieten, die offiziell entdeckt wurden. Im Februar hatte das australische *Public Interest Advocacy Centre* behauptet, die sri-lankische Regierung habe nach Kriegsende Massengräber vernichtet, um forensische Evidenz von zivilen Toten zu beseitigen. Präsident Rajapaksa wies die Anschuldigung zurück. 2012 war im südlichen Distrikt Matale bereits ein Massengrab mit 154 Skeletten entdeckt worden, das aus der Zeit des Aufstandes der marxistischen *Janatha Vimukthi Peramuna* in den 90er Jahren stammt.

Zählung der Bürgerkriegstoten

Nachdem Sri Lanka während des Commonwealth-Gipfels in Colombo im November 2013 wegen mangelnder Aufarbeitung der im Bürgerkrieg begangener Verbrechen massiv unter Druck geraten war, initiierte die Regierung im Dezember eine Volkszählung in der Absicht, die Anzahl der Toten, Vermissten und Verletzten sowie Sachschäden zu erfassen. Unter Leitung des Zensus- und Statistikamtes sammelten rund 16.000 Beamte in 14.000 Dörfern Informationen. Die Haushaltsbefragung umfasst den Zeitraum zwischen 1983 und Mai 2009 und soll im Mai 2014 abgeschlossen sein. Sozialwissenschaftler kritisierten die Methodik der Befragung als unseriös. Menschenrechtsgruppen zeigten sich ebenfalls kritisch: In der Vergangenheit seien die von der Regierung durchgeführten Untersuchungen „verschwunden“ und wurden der Öffentlichkeit stets vorenthalten.

Freilassung der Gandhi-Mörder umstritten

Um die Freilassung von sieben, wegen Mordes am indischen Premierminister Rajiv Gandhi verurteilten Tamilen, ist in Indien ein politischer und juristischer Streit entbrannt. Während die Regierung von Tamil Nadu die Häftlinge noch im März 2014 freilassen möchte, wandte sich die Bundesregierung in Delhi gegen die Entlassung dreier Gefangener. Die Ermordung Gandhis wird als Vergeltungsschlag der *Tamil Tigers* gesehen, weil Gandhi 1987 Truppen nach Sri Lanka entsandt hatte, um im Konflikt zwischen der sri-lankischen Regierung und den *Tamil Tigers* zu intervenieren. Die sieben Verurteilten befinden sich seit 20 Jahren in Haft. Kürzlich urteilte der Oberste Gerichtshof, die verhängte Todesstrafe dürfe nicht vollzogen werden, stattdessen seien die Gefangenen – bei Zustimmung Delhis – freizulassen.

Trockenheit

Das Ausbleiben des Nordostmonsuns, der normalerweise in den Monaten Dezember bis Februar fällt, hat

schwere Schäden in der sri-lankischen Landwirtschaft verursacht. Üblicherweise wird im Februar und März die Reisernte der *Maha*-Saison eingefahren, die wichtigste der beiden Reisernten des Jahres. Doch 2014 werden vor allem kleine Bauern wenig oder keine Ernte einbringen können. Selbst die hochgelegenen Teeplantagen sind von der Dürre betroffen. Niedrige Wasserstände der Wasserreservoirs bedrohen auch die Trinkwasserversorgung in der städtischen Westprovinz.

Wohnungsbau für Kriegsflüchtlinge kommt nicht voran

300.000 US-Dollar fehlen der sri-lankischen Regierung für den Wohnungsbau in den ehemals von den *Tamil Tigers* besetzten Gebieten. In den Distrikten Jaffna, Mannar, Mullaittivu, Kilinochchi und Vavuniya fehlt nach Regierungsangaben noch das Geld für 63.000 durch den Krieg zerstörte Wohnhäuser. Der größte Geldgeber für den Wohnungsbau ist Indien, das bereits 2010 für den Bau von 50.000 Häusern 270 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt hatte. Insgesamt stehen Mittel für die Erstellung von 83.000 Häusern bereit, doch der Hausbau kommt nur schleppend voran. In dem von Indien finanzierten Programm sind erst 11.000 Häuser übergeben worden. Eine 2013 vom UN-Flüchtlingshilfswerk durchgeführte Haushaltsbefragung von 138.651 Familien in der Nordprovinz ergab, dass nur 32 Prozent der Haushalte eine dauerhafte Bleibe hatten. Die meisten, 57 Prozent, lebten in vorübergehenden Unterkünften oder Lagern, sechs Prozent lebten bei Verwandten. Der Mangel an Wohnraum ist auch ein erhebliches Hindernis für die geplante Rückkehr von 100.000 sri-lankischen Tamilen, die derzeit noch als Flüchtlinge im südindischen Bundesstaat Tamil Nadu leben. Bisher sind erst 5000 zurückgekehrt.

Verärgerung über Cricket-Dachverband

Große Verärgerung rief in der Cricket-Nation Sri Lanka die geplante Änderung der Machtverhältnisse im internationalen *Cricket Council* (ICC) hervor. Auf einem Vorstandstreffen in Singapur hatten acht von zehn Mitgliedern weitreichenden Reformen zugestimmt, die Indien, England und Australien mehr Einfluss und mehr Ressourcen im Verband sichern. Der Präsident des indischen Verbandes, Narainswamy Srinivasan, wurde zum Vorstandsvorsitzenden gewählt. England und Australien sollen die wichtigen Ausschüsse Finanzen und Handel kontrollieren. Die Reformen wurden trotz massiver Kritik von Spielern und Anti-Korruptionsorganisationen beschlossen. Pakistan und Sri Lanka enthielten sich bei der Abstimmung.